

GROSSER RAT

GR.13.236-1

VORSTOSS

Interpellation Martin Brügger, SP, Brugg (Sprecher), Jürg Caflisch, SP, Baden, Adriaan Kerkhoven, GLP, Brugg, und Sämi Richner, EVP, Auenstein, vom 12. November 2013 betreffend Realisierung Südwestumfahrung Brugg nach Streichung des Projekts Baldeggtunnel

Text und Begründung:

Die Südwestumfahrung Brugg wurde in der Beratung im Grossen Rat und in der Volksabstimmung immer als ein sehr wichtiger Teil einer Puzzle-Lösung dargestellt. Zitat Homepage Kanton:

„Die Südwestumfahrung Brugg steht in einem grossräumigen verkehrlichen Zusammenhang. In der Region Brugg-Windisch-Baden geht es vor allem um eine optimale Lösung des Verkehrs aus dem unteren Aaretal und vom westlichen Aaretal Richtung Schweizer Mittelland. Dies gelingt nur mit einer Gesamtlösung, welche etappiert realisierbar ist und aus den folgenden aufeinander abgestimmten und aufwärts kompatiblen Elementen besteht:“

- Südwestumfahrung Brugg
- Verkehrsmanagement Brugg Regio
- Nordumfahrung Windisch
- Baldeggtunnel

Nachdem das Projekt Baldeggtunnel aus verschiedenen Gründen gestrichen wurde, stellt sich die Frage welchen Sinn und welche Bedeutung die Südwestumfahrung nun hat, – da die Südwestumfahrung als isoliertes Projekt für die Region Brugg/Windisch keine offensichtliche Verkehrsentslastung bringen wird.

Wir bitten den Regierungsrat darum, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat aus heutiger Sicht die Bedeutung der Südwestumfahrung Brugg nach dem Wegfall des Baldeggtunnels?
2. Was sind die Auswirkungen der Südwestumfahrung Brugg wenn diese ohne Baldeggtunnel realisiert würde? – Zufahrtswege, Entlastung von Brugg-Windisch?
3. Wurde eine Erschliessung des für Brugg/Windisch (als FH-Campusstandort) wichtigen Wirtschafts-Entwicklungsgebietes auch ohne Südwestumfahrung Umfahrung geprüft?
4. Kann sich der Regierungsrat aufgrund der neuen Ausgangslage vorstellen, nochmals auf die SW-Umfahrung Brugg zurückzukommen, diese ggf. zu sistieren resp. ökonomisch wie ökologisch an die neuen Realitäten anzupassen?

Mitunterzeichnet von 53 Ratsmitgliedern